

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen
an der deutsch-polnischen Grenze**

A. Zielsetzung

Das Abkommen ist eine dauerhafte Grundlage für das gemeinsame Anliegen beider Vertragsstaaten, die Grenzbrücken im Zuge der Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen in einem technisch einwandfreien Zustand zu erhalten.

B. Lösung

Das am 20. März 1995 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine wesentlichen Auswirkungen

Fristablauf: 13. 10. 95

01. 09. 95

VP

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen
an der deutsch-polnischen Grenze**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 15/95 (NA 5) Bonn, den 1. September 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhal-
tung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und
der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 13. 10. 95

Entwurf**Gesetz**

**zu dem Abkommen vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen
an der deutsch-polnischen Grenze**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 20. März 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Auf die in Artikel 10 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet deutsches Umsatzsteuerrecht Anwendung.

(2) Auf die in Artikel 10 Abs. 2 des Abkommens bezeichneten Umsätze findet polnisches Waren- und Dienstleistungssteuerrecht Anwendung. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(3) Für die in Artikel 10 Abs. 3 Satz 1 des Abkommens genannten Waren werden außer Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben. Dies gilt nicht bei der Einfuhr für die öffentlichen Bauverwaltungen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern oder Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Absätze 1 und 2 sehen vor, daß für die Erhaltung der Grenzbrücken jeweils auf dem Hoheitsgebiet beider Staaten entweder ausschließlich das deutsche Umsatzsteuerrecht oder ausschließlich das polnische Waren- und Dienstleistungssteuerrecht zur Anwendung kommt. Nach der praktischen Erfahrung ist es am zweckmäßigsten, wenn jeweils das Steuerrecht des erhaltungspflichtigen Vertragsstaats gilt. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Durchführung der Erhaltungsarbeiten erleichtert.

Absatz 3 sieht vor, daß insbesondere auf die Erhebung von Einfuhrumsatzsteuer verzichtet wird. Damit sollen praktische Schwierigkeiten für Unternehmer und Verwaltung vermieden werden. Es handelt sich lediglich um eine steuertechnische Vereinfachung im Rahmen örtlich beschränkter Einzelmaßnahmen, nicht um materielle Vergünstigungen. Würde die Einfuhrumsatzsteuer erhoben, könnte sie von den ausführenden Unternehmern in voller Höhe als Vorsteuer abgezogen werden. Einfuhren für die öffentlichen Bauverwaltungen (Endverbrauch) werden von der Regelung nicht erfaßt.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Kosten für die Ausführung der Erhaltungsarbeiten an den Straßenbrücken im Zuge von Bundesfernstraßen werden auf ca. 0,8 Mio. DM jährlich geschätzt; sie werden vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen.

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Vereinfachung der Besteuerung der mit der Erhaltung bestimmter Grenzbrücken zusammenhängenden Umsätze in gewissem Umfang auf die Erhebung von Umsatzsteuer (= Verzicht auf Umsatzsteuermehreinnahmen). Andererseits ergeben sich Umsatzsteuermehreinnahmen zugunsten der Bundesrepublik Deutschland durch den Verzicht der Republik Polen auf das Besteuerungsrecht bei bestimmten Grenzbrücken. Die Höhe der Mehr- oder Mindereinnahmen läßt sich nicht schätzen; es ist jedoch zu erwarten, daß sich diese Mehr- und Mindereinnahmen weitgehend ausgleichen.

Im Wirtschaftsbereich sind in Einzelfällen auf regionaler Ebene geringfügige Preisanhebungen nicht völlig auszuschließen; sie lassen sich im voraus jedoch nicht quantifizieren. Bei der für Straßenbauwerke hier relativ geringen Auftragssumme pro anno und angesichts des Gesamtumsatzvolumens im Marktsegment Baustoffe und Bauleistungen sind überregionale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, durch die Nachfrage nach den hier vornehmlich benötigten Gütern Beton, Betonstahl sowie Spannstahl nicht zu erwarten.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen
an der deutsch-polnischen Grenze

Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o utrzymaniu mostów granicznych
na granicy niemiecko-polskiej
w ciągu niemieckich dróg federalnych
i polskich dróg krajowych

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen –

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

bestrebt, die Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen und die zugehörigen Anlagen an der deutsch-polnischen Grenze in einem standsicheren, verkehrssicheren und mängelfreien Zustand zu erhalten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Gegenstand dieses Abkommens ist die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der Bundesfernstraßen der Bundesrepublik Deutschland und der Landesstraßen der Republik Polen sowie der zugehörigen Anlagen in einem standsicheren, verkehrssicheren und mängelfreien Zustand.

(2) Der Begriff „Erhaltung“ umfaßt alle Arbeiten, die zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen erforderlich sind. Zu diesen Arbeiten gehören alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung und den entsprechenden technischen Stand der Grenzbrücken unter Wahrung der Tragfähigkeit gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse zu verändern. Ferner gehören dazu die Reinigung sowie der Winterdienst.

(3) Als den Grenzbrücken zugehörige Anlagen gelten die Böschungen an den Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen und Verkehrssicherungseinrichtungen im Bereich dieser Anlagen.

(4) Die Erhaltung der Grenzbrücken obliegt den Vertragsstaaten nach Maßgabe der Anlage zu diesem Abkommen; sie erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen. Die Erhaltungsmaßnahmen werden nach den Vorschriften des erhaltungspflichtigen Vertragsstaats durchgeführt. Die Erhaltung der den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen obliegt dem Vertragsstaat, auf dessen Hoheitsgebiet diese Anlagen sich befinden; Satz 2 gilt entsprechend.

(5) Zu erhalten sind insbesondere die Tragwerk-Konstruktionen, die Fahrbahnen auf den Grenzbrücken zwischen den Fahr-

spuren, die Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen und die zugehörigen Anlagen an der deutsch-polnischen Grenze in einem standsicheren, verkehrssicheren und mängelfreien Zustand zu erhalten –

postanowili, co następuje:

Artykuł 1

1. Przedmiotem niniejszej Umowy jest utrzymanie mostów granicznych w ciągu federalnych dróg Republiki Federalnej Niemiec i dróg krajowych Rzeczypospolitej Polskiej oraz przynależnych urządzeń w stanie stateczności, bezpieczeństwa ruchowego i wolnym od usterek.

2. Pojęcie „utrzymanie” obejmuje wszelkie prace, które wymagane są do utrzymania bieżącego i odnowy mostów granicznych i przynależnych urządzeń. Do tych prac należą wszystkie przedsięwzięcia, które zapewniają użytkowanie mostów granicznych zgodnie z przepisami eksploatacyjnymi oraz ich odpowiedni stan techniczny, przy zachowaniu nośności bez zmiany istotnych wymiarów i schematu statycznego. Obejmuje ono również czyszczenie obiektów oraz utrzymanie zimowe.

3. Za urządzenia przynależne do mostów granicznych uważa się skarpy przy nasypach, umocnienia brzegów, dojazdy, jak również urządzenia odwodnienia, oświetlenia i bezpieczeństwa ruchu w obszarze tych urządzeń.

4. Utrzymanie mostów granicznych wchodzi w zakres obowiązków Umawiających się Stron, tak jak określa to załącznik do niniejszej Umowy; następuje ono we wzajemnym porozumieniu. Roboty związane z utrzymaniem przeprowadza się na podstawie przepisów tej Umawiającej się Strony, która jest zobowiązana do utrzymania. Utrzymanie urządzeń przynależnych do mostów granicznych wchodzi w zakres obowiązków tej Umawiającej się Strony, na której terytorium znajdują się te urządzenia; odpowiednio obowiązują postanowienia zdania 2.

5. Utrzymywane są przede wszystkim konstrukcje ustrojów nośnych, jezdnie na mostach granicznych między przejściami

bahnübergängen, die Geh- und Radwege auf den Grenzbrücken, Widerlager, Pfeiler, Brückengeländer, Fahrbahnübergänge, Lager, Besichtigungseinrichtungen, Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen, Verkehrszeichen sowie die Absturzsicherungen auf den Grenzbrücken und die Sicherungseinrichtungen gegen Eisgang.

Artikel 2

(1) Die Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken und an den zugehörigen Anlagen werden so ausgeführt, daß sie den Schiffsverkehr auf den Flüssen und den Verkehr auf den Grenzbrücken und deren Zufahrten sowenig wie möglich behindern.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten entsprechende Bedingungen für den Eis- und Hochwasserabfluß unter den Grenzbrücken.

(3) Die Entscheidung über die Notwendigkeit der Einrichtung einer neuen und die Veränderung einer bestehenden Dauerbeleuchtung einer Grenzbrücke, die Kostentragung und die Art und Weise der Installation bedarf einer gesonderten Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Transport und Seewirtschaft der Republik Polen unter Beteiligung der zuständigen Behörden.

(4) Jeder Vertragsstaat, dem die Erhaltung von Grenzbrücken mit Holzkonstruktionen obliegt, stellt sicher, daß dort geeignete Brandschutzgeräte und Brandschutzanlagen vorhanden sind.

Artikel 3

Jeder Vertragsstaat ist für die Verkehrssicherheit der von ihm zu erhaltenden Grenzbrücken und deren Zufahrten verantwortlich. Der erhaltungspflichtige Vertragsstaat stellt den anderen Vertragsstaat von Ansprüchen Dritter frei.

Artikel 4

Drei Monate nach der Unterzeichnung dieses Abkommens tauschen die Vertragsstaaten die in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen über die Grenzbrücken und zugehörigen Anlagen, die bisher von ihnen erhalten wurden, aus. Dazu gehören insbesondere Bestandspläne, statische Berechnungen, Tragfähigkeitsberechnungen, Vereinbarungen und Verträge mit anderen Stellen, Prüfprotokolle, Bauwerksbücher und ähnliches.

Artikel 5

(1) Die Vertragsstaaten informieren einander, wenn sie Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken oder den zugehörigen Anlagen durchführen wollen, und zwar mindestens

- zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten, sofern diese Arbeiten den Straßenverkehr nicht beeinträchtigen,
- drei Monate vor Beginn der Arbeiten, sofern eine Einschränkung oder eine vorübergehende Einstellung des Straßenverkehrs auf der Grenzbrücke unvermeidbar ist.

(2) Jeder Vertragsstaat gewährleistet, daß seine Grenz- und Zollbehörden über die Vorbereitung und den Beginn der in Absatz 1 genannten Erhaltungsarbeiten so schnell wie möglich informiert werden.

Artikel 6

(1) Sämtliche Kosten für die Erhaltung der Grenzbrücken an der deutsch-polnischen Grenze trägt der Vertragsstaat, der gemäß der Anlage zu diesem Abkommen zur Erhaltung der Grenzbrücken verpflichtet ist.

(2) Die Kosten für die Erhaltung der in Artikel 1 Absatz 4 Satz 3 genannten Anlagen trägt der erhaltungspflichtige Vertragsstaat.

per jezdnie, drogi na mostach granicznych dla pieszych i rowerów, przyczółki, filary, poręcze mostowe, przejścia przez jezdnie, żoźyska, urządzenia rewizyjne, urządzenia odwodnienia i oświetlenia, znaki drogowe, jak również bariery energochłonne na mostach granicznych i urządzenia ochronne przed spływającym lodem.

Artykuł 2

1. Prace związane z utrzymaniem mostów granicznych i przynależnych urządzeń wykonywane będą tak, aby w możliwie najmniejszym stopniu utrudniały one ruch statków na rzekach oraz ruch na mostach granicznych i dojazdach do nich.

2. Umawiające się Strony zapewnią odpowiednie warunki dla spływającego lodu i odprowadzenia fali powodziowej pod mostami granicznymi.

3. Decyzja o konieczności wykonania nowego oświetlenia i o zmianach w istniejącym oświetleniu stałym mostu granicznego, o ponoszeniu kosztów oraz o rodzaju i sposobie wykonania instalacji, wymaga oddzielnego porozumienia między Federalnym Ministerstwem Komunikacji Republiki Federalnej Niemiec i Ministerstwem Transportu i Gospodarki Morskiej Rzeczypospolitej Polskiej przy udziale właściwych władz.

4. Każda z Umawiających się Stron, do której obowiązków należy utrzymywanie mostów granicznych z konstrukcjami drewnianymi, zabezpiecza na nich odpowiedni sprzęt oraz urządzenia ochrony przeciwpożarowej.

Artykuł 3

Każda z Umawiających się Stron odpowiada za bezpieczeństwo ruchu na utrzymywanych przez nią mostach granicznych i dojazdach do nich. Umawiająca się Strona zobowiązana do utrzymania, zwalnia drugą Umawiającą się Stronę od roszczeń osób trzecich.

Artykuł 4

Trzy miesiące po podpisaniu niniejszej umowy Umawiające się Strony wymienią znajdującą się w ich posiadaniu dokumentację mostów granicznych i przynależnych urządzeń, które dotychczas były przez nią utrzymywane. Należą do niej przede wszystkim plany stanu istniejącego, obliczenia statyczne, obliczenia nośności, porozumienia i umowy z innymi jednostkami, protokoły z kontroli, książki mostowe i temu podobne.

Artykuł 5

1. Umawiające się Strony informują się wzajemnie o zamiarze przeprowadzenia prac związanych z utrzymaniem mostów granicznych lub przynależnych urządzeń co najmniej:

- na dwa tygodnie przed rozpoczęciem prac, o ile prace te nie utrudniają ruchu drogowego,
- na trzy miesiące przed rozpoczęciem prac, o ile nie można uniknąć ograniczeń albo przejściowego zawieszenia ruchu drogowego na moście granicznym.

2. Każda z Umawiających się Stron gwarantuje, że jej władze graniczne i celne poinformowane zostaną w możliwie najkrótszym czasie o przygotowaniach i rozpoczęciu prac utrzymania wymienionych w ustępie 1.

Artykuł 6

1. Wszelkie koszty związane z utrzymaniem mostów granicznych na granicy niemiecko-polskiej ponosi ta Umawiająca się Strona, która zobowiązana jest do ich utrzymania zgodnie z załącznikiem do niniejszej Umowy.

2. Koszty utrzymania urządzeń wymienionych w artykule 1, punkt 4, zdanie 3, ponosi ta z Umawiających się Stron, która zobowiązana jest do ich utrzymania.

Artikel 7

(1) Die mit der Planung, Ausführung und Überwachung der in Artikel 1 genannten Arbeiten sowie mit den in Artikel 8 genannten Zustandskontrollen der Grenzbrücken beauftragten Beschäftigten jedes Vertragsstaats wie auch alle anderen an den vorgenannten Tätigkeiten beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der für die Republik Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgaben die Grenze im Bereich der Grenzbrücken überschreiten und sich auf dem Teil der Grenzbrücken sowie der zugehörigen Anlagen aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die mit den vorgenannten Tätigkeiten beschäftigt sind, dürfen die Grenzbrücken überschreiten, wenn sie die nach dem Recht der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen. Die in den Sätzen 1 und 2 genannten Personen bedürfen für die Tätigkeit auf dem Gebiet des jeweils anderen Vertragsstaats, das zu betreten sie befugt sind, keiner Arbeitserlaubnis.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen ein von beiden Vertragsstaaten anerkanntes Dokument mit sich führen, das zum Übertritt der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen berechtigt.

(3) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücken werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden einvernehmlich geregelt.

(5) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

Artikel 8

(1) Im Abstand von jeweils fünf Jahren haben die Vertreter der Vertragsstaaten im Beisein von Vertretern der zuständigen Grenzbehörden an jeder Grenzbrücke und den zugehörigen Anlagen gemeinsame Zustandskontrollen durchzuführen.

(2) Außer diesen gemeinsamen Zustandskontrollen werden getrennte Kontrollen der Vertragsstaaten an den von ihnen zu erhaltenden Grenzbrücken nach den jeweils geltenden nationalen Vorschriften durchgeführt. Die Vertragsstaaten tauschen die Ergebnisse der getrennten Kontrollen zwei Wochen vor den vereinbarten gemeinsamen Kontrollen des Zustands der Grenzbrücken gegenseitig aus.

(3) Aus besonderem Anlaß, z. B. bei ungewöhnlichem Hochwasser, Eisgang, Schiffsstoß oder ähnlichen Unfällen, muß eine gemeinsame Zustandskontrolle durchgeführt werden.

(4) Die gemeinsamen Zustandskontrollen nach den Absätzen 1 und 3 werden von dem erhaltungspflichtigen Vertragsstaat veranlaßt. Er läßt eine Niederschrift über jede Kontrolle anfertigen und veranlaßt, daß sie der zuständigen Straßenbaubehörde des anderen Vertragsstaats übergeben wird.

Artikel 9

Sollen die Haupttragwerksteile einer Grenzbrücke (Überbau, Pfeiler, Widerlager, Gründung) ersetzt oder soll eine Grenzbrücke umgebaut werden (z. B. Verbreiterung, Verstärkung zur Wiederherstellung oder Erhöhung der ursprünglichen Tragfähigkeit), so ist von den Vertragsstaaten eine gesonderte Vereinbarung zu schließen.

Artikel 7

1. Pracownicy każdej z Umawiających się Stron, którym powierzono planowanie, realizację i nadzór prac wymienionych w artykule 1 oraz wymienionych w artykule 8, kontroli stanu mostów granicznych oraz wszyscy inni biorący udział w wyżej wymienionych czynnościach, obywatele Umawiających się Stron i obywatele państw członkowskich Unii Europejskiej, które z Rzeczpospolitą Polską nie posiadają obowiązku wizowego, mogą dla realizacji tych zadań przekraczać granicę w rejonie mostów granicznych oraz przebywać na tej części mostów granicznych i należących do nich urzędów, które znajdują się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony bez konieczności posiadania w tym celu zezwolenia na pobyt. Obywatele innych państw, którzy są zatrudnieni przy wyżej wymienionych czynnościach mogą przekraczać mosty graniczne, jeśli posiadają przy sobie dokumenty i pozwolenia wymagane zgodnie z prawem Umawiających się Stron. Osoby wymienione w zdaniu 1 i 2 uprawnione do przekraczania granicy w związku z wykonywaniem czynności na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, nie potrzebują zezwolenia na pracę.

2. Osoby zatrudnione, o których mowa w ustępie 1 oraz inne osoby wymienione w tym ustępie, muszą posiadać przy sobie dokument uprawniający do przekroczenia granicy między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec uznany przez każdą z Umawiających się Stron.

3. Każda z Umawiających się Stron będzie zawsze i bez formalności przejmować osoby, które wskutek naruszenia postanowień niniejszej Umowy znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

4. Szczegółowe zagadnienia dotyczące utrzymania bezpieczeństwa i porządku w rejonie mostów granicznych zostaną uregulowane przez właściwe miejscowe władze graniczne we wzajemnym porozumieniu.

5. Postanowienia niniejsze będą obowiązywały tak długo, dopóki Umawiające się Strony nie zawrą odrębnych porozumień dotyczących przekraczania granicy.

Artikel 8

1. Co pięć lat przedstawiciele Umawiających się Stron mają obowiązek przeprowadzić w obecności przedstawicieli kompetentnych władz granicznych wspólne przeglądy stanu istniejącego każdego mostu granicznego i przynależnych urządzeń.

2. Poza tymi wspólnymi przeglądami stanu istniejącego, Umawiające się Strony przeprowadzają oddzielnie przeglądy mostów granicznych, do utrzymania których są zobowiązane, według obowiązujących każdorazowo przepisów krajowych. Umawiające się Strony wymieniają wzajemnie wyniki oddzielnych przeglądów dwa tygodnie przed uzgodnionymi wspólnymi przeglądami stanu istniejącego mostów granicznych.

3. Wspólny przegląd stanu istniejącego musi być przeprowadzony z powodów specjalnych, w szczególności z powodu wyjątkowo wysokiego stanu wody, spływu lodu, zderzenia statku z mostem granicznym lub innych nieszczęśliwych wypadków.

4. Wspólne przeglądy stanu istniejącego zgodnie z ust. 1 i 3 organizuje ta z Umawiających się Stron, która jest zobowiązana do utrzymania mostu granicznego. Poleca ona sporządzenie protokołu z każdego przeglądu i powoduje przekazanie go kompetentnemu organowi budownictwa drogowego drugiej Umawiającej się Strony.

Artikel 9

W przypadku, jeśli powinny być wymienione główne części nośne mostu granicznego (dźwigary główne, filary, przyczółki, posadowienie) lub jeśli most graniczny powinien być przebudowany (np. poszerzony, wzmocniony w celu przywrócenia lub podwyższenia pierwotnej nośności), konieczne jest zawarcie odrębnego porozumienia między Umawiającymi się Stronami.

Artikel 10

(1) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit der Erhaltung der in Nummer 1 der Anlage zu diesem Abkommen bezeichneten Grenzbrücken bewirkt werden, ist das deutsche Umsatzsteuerrecht anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine polnische Waren- und Dienstleistungssteuer erhoben.

(2) Auf die Lieferungen von Gegenständen und die sonstigen Leistungen, die im Zusammenhang mit der Erhaltung der in Nummer 2 der Anlage zu diesem Abkommen bezeichneten Grenzbrücken bewirkt werden, ist das polnische Waren- und Dienstleistungssteuerrecht anzuwenden. Für diese Umsätze wird keine deutsche Umsatzsteuer erhoben.

(3) Für Waren, die aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats eingeführt werden, werden mit Ausnahme von Zöllen keine Einfuhrabgaben erhoben, soweit die Waren zur Erhaltung der Grenzbrücken verwendet werden. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Verwaltungen.

(4) Die zur Erhaltung der Grenzbrücken erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(5) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf den Grenzbrücken aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 4 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte der Vertragsstaaten unberührt.

(6) Unberührt bleibt das Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie das dazugehörige Protokoll vom 18. Dezember 1972.

Artikel 11

(1) Die diesem Abkommen beigefügte Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens. Wird aufgrund einer gesonderten Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen eine neue Grenzbrücke errichtet oder wird eine bestehende Grenzbrücke wieder in Betrieb genommen, so regeln sich die Erhaltung dieser Grenzbrücken und die damit zusammenhängenden Fragen ebenfalls nach diesem Abkommen. Die Anlage ist jeweils im Wege eines Notenwechsels zu ergänzen. Die Anlage ist auch zu ändern, wenn eine Grenzbrücke außer Betrieb genommen wird; Satz 3 gilt entsprechend. Im Falle der Umstufung der Straße ist eine gesonderte Vereinbarung zu schließen.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 ist soweit wie möglich sicherzustellen, daß das Verhältnis der von jedem Vertragsstaat zu erhaltenden Brückenflächen dem Verhältnis der Brückenflächen auf den jeweiligen Hoheitsgebieten entspricht.

Artikel 12

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des Rechts des jeweiligen Vertragsstaats personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch den übermittelnden Vertragsstaat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

Artykuł 10

1. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane są w związku z utrzymaniem mostów granicznych wymienionych pod numerem 1 załącznika do niniejszej Umowy należy stosować niemieckie prawo dotyczące podatku obrotowego. Od tych obrotów nie będzie pobierany polski podatek od towarów i usług.

2. Dla dostaw towarów i usług, które dokonywane są w związku z utrzymywaniem mostów granicznych wymienionych pod numerem 2 załącznika do niniejszej Umowy należy stosować polskie prawo dotyczące podatku od towarów i usług. Od tych obrotów nie będzie pobierany niemiecki podatek obrotowy.

3. Od towarów, które sprowadzane są z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony za wyjątkiem opłat celnych nie będą pobierane żadne opłaty wwozowe, o ile towary te będą stosowane do utrzymania mostów granicznych. Gwarancje nie są wymagane. Postanowienia zdania 1 nie obowiązują przy wwozie towarów dla administracji publicznych.

4. Towary potrzebne do utrzymania mostów granicznych nie podlegają przy wwozie i wywozie żadnym zakazom i ograniczeniom.

5. Właściwe władze podatkowe i celne obu Umawiających się Stron będą porozumiewać się i przekazywać sobie wszystkie niezbędne informacje oraz udzielać wzajemnie pomocy przy stosowaniu swych przepisów prawnych i administracyjnych w zakresie ustaleń ustępów od 1 do 4. Przedstawiciele tych władz będą uprawnieni do przebywania na mostach granicznych i podejmowania tam działań w zakresie ustaleń ustępów od 1 do 4, które są przewidziane w ich przepisach prawnych i administracyjnych. Poza tym, prawa suwerenności Umawiających się Stron pozostają nienaruszone.

6. Nienaruszone pozostają postanowienia Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r. między Republiką Federalną Niemiec a Polską Rzeczpospolitą Ludową, w sprawie zapobiegania podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku oraz Protokół do tej Umowy z dnia 18 grudnia 1972 r.

Artykuł 11

1. Załącznik do niniejszej Umowy jest jej częścią składową. Jeśli na podstawie oddzielnego porozumienia między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską wybudowany zostanie nowy most graniczny lub istniejący most graniczny zostanie przywrócony do eksploatacji, wówczas utrzymanie tych mostów granicznych oraz związane z tym problemy reguluje również niniejsza Umowa. Załącznik należy wówczas każdorazowo uzupełnić w drodze wymiany not. Załącznik należy również zmienić, jeśli jakikolwiek most graniczny zostanie wyłączony z eksploatacji; odpowiednio obowiązują postanowienia zdania 3. W przypadku zmiany klasyfikacji drogi należy zawrzeć odrębne porozumienie.

2. W przypadkach przewidzianych w ustępie 1 należy zapewnić w możliwie największym stopniu, aby stosunek powierzchni mostów utrzymywanych przez każdą z Umawiających się Stron odpowiadał stosunkowi powierzchni mostów znajdujących się na terytorium każdej z Umawiających się Stron.

Artykuł 12

Jeżeli na podstawie niniejszej Umowy, zgodnie z regulacjami prawa każdej z Umawiających się Stron, przekazywane będą dane osobowe, obowiązują w odniesieniu do nich przy przestrzeganiu przepisów prawnych każdej z Umawiających się Stron, następujące ustalenia:

a) wykorzystanie danych przez odbiorcę dopuszczalne jest jedynie w podanym celu oraz przy zachowaniu warunków określonych przez tę z Umawiających się Stron, która dane te przekazuje,

- b) Der Empfänger unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem Recht des jeweiligen Vertragsstaats geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Seite nach Maßgabe des für sie geltenden Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Seite verursacht worden ist.
- g) Der übermittelnde Vertragsstaat weist bei der Übermittlung auf die nach seinem Recht geltenden Lösungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- b) na prośbę odbiorcy informuje Umawiającą się Stronę, która przekazuje dane, o sposobie ich wykorzystania oraz osiągniętych dzięki temu rezultatach,
- c) dane osobowe mogą być przekazywane wyłącznie tym jednostkom, które są upoważnione do ich odbioru. Dalsze przekazywanie danych innym jednostkom może nastąpić jedynie po uprzednim wyrażeniu zgody przez jednostkę przekazującą dane,
- d) Umawiająca się Strona przekazująca dane zobowiązana jest do zwrócenia szczególnej uwagi na ich prawidłowość oraz potrzebę ich dostarczenia z uwzględnieniem celu, który może być osiągnięty dzięki przekazaniu tych danych. Należy przy tym przestrzegać obowiązujących zakazów przekazywania danych według prawa każdej z Umawiających się Stron. Jeśli okaże się, że przekazano dane nieprawidłowe albo dane, których nie wolno było przekazać, należy powiadomić o tym niezwłocznie odbiorcę. Zobowiązany on jest do poprawienia albo zniszczenia danych,
- e) na wniosek zainteresowanego należy poinformować go o istniejących danych, które dotyczą jego osoby oraz o zamierzonym celu ich wykorzystania. Obowiązek informowania nie istnieje, jeśli okaże się, że w przypadku nieudzielenia informacji interes publiczny przeważa nad interesem osoby, której udzielonoby informacji. Poza tym prawo zainteresowanego do otrzymania informacji o istniejących danych dotyczących jego osoby respektowane jest według prawa tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o udzielenie informacji,
- f) jeśli ktoś poniesie szkody wskutek sprzecznego z prawem rozpowszechniania informacji pozyskanych w ramach wymiany danych według niniejszej Umowy, odpowiedzialność wobec niego spoczywa na Stronie odbierającej dane zgodnie z obowiązującym ją prawem. Dla oczyszczenia się z zarzutów nie może ona w stosunku do poszkodowanego powoływać się na to, że szkoda spowodowana została przez Stronę przekazującą dane,
- g) Umawiająca się Strona, która przekazuje dane, informuje przy przekazywaniu o terminach ich likwidacji obowiązujących według jej prawa. Niezależnie od tych terminów, należy zlikwidować przekazane dane osobowe w przypadku, jeżeli dla tego celu, dla którego zostały przekazane, nie są już wymagane,
- h) Umawiające się Strony są zobowiązane do udokumentowania w aktach faktu przekazania i odbioru danych osobowych,
- i) Umawiające się Strony są zobowiązane do skutecznego chronienia przekazanych danych osobowych przed nieupoważnionym dostępem, nieupoważnioną zmianą i nieupoważnionym podaniem do wiadomości.

Artikel 13

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von den Vertragsstaaten nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Verlangen eines Vertragsstaats über eine Aufhebung dieses Abkommens und eine Neuregelung verhandeln.

Artikel 14

Die Bestimmungen der Vereinbarung vom 17. Januar 1958 zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrswesen der Volksrepublik Polen über die Unterhaltung der Grenzstraßenbrücken an der deutsch-polnischen Staatsgrenze werden mit Inkrafttreten dieses Abkommens auf die in der Anlage zu diesem Abkommen genannten Grenzbrücken nicht mehr angewandt.

Artykuł 13

1. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Może być ona zmieniona, uzupełniona lub uchylona tylko za zgodą Umawiających się Stron.

2. Jeżeli podczas realizacji Umowy ujawnią się znaczne trudności lub zmienią się zasadniczo warunki na jakich była ona zawarta, to na żądanie jednej z Umawiających się Stron, Strony podejmą negocjacje w sprawie uchylenia niniejszej Umowy i ustalenia nowych uregulowań.

Artykuł 14

W momencie wejścia w życie niniejszej Umowy, odnośnie mostów granicznych wymienionych w załączniku do niniejszej Umowy nie ma już zastosowania Porozumienie z dnia 17 stycznia 1958 r. między Ministerstwem Komunikacji Republiki Demokratycznej a Ministerstwem Komunikacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o utrzymaniu granicznych mostów drogowych na polsko-niemieckiej granicy państwowej.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 15

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji; wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi tak szybko, jak będzie to tylko możliwe w Bonn.

2. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.

Sporządzono w Warszawie, dnia 20 marca 1995 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec

J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Liberadzki

**Anlage
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen
an der deutsch-polnischen Grenze**

**Załącznik
do Umowy
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o utrzymaniu mostów granicznych
na granicy niemiecko-polskiej
w ciągu niemieckich dróg federalnych
i polskich dróg krajowych**

1. Der Bundesrepublik Deutschland obliegt die Erhaltung
 - a) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Hohenwutzen und Niederwutzen (Osinow Dolny) im Zuge der deutschen Straße B 158 und der polnischen Straße 124,
 - b) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Frankfurt/Oder und Schwetig (Swiecko) im Zuge der deutschen Straße A 12 und der polnischen Straße A 2,
 - c) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Frankfurt/Oder und Slubice im Zuge der deutschen Straße B 5 und der polnischen Straße 137,
 - d) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Ludwigsdorf und Jedrzychowice im Zuge der deutschen Straße A 4 und der polnischen Straße A 4; unberührt bleibt das Abkommen vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über den Autobahnzusammenschluß und den Bau von Grenzabfertigungsanlagen für den neuen Grenzübergang im Raum Görlitz und Zgorzelec.
 2. Der Republik Polen obliegt die Erhaltung
 - a) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Mescherin und Greifenhagen (Gryfino) im Zuge der deutschen Straße B 113 und der polnischen Straße 120,
 - b) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Schwedt und Nieder Kränig (Krajnik Dolny) im Zuge der deutschen Straße B 166 und der polnischen Straße 123,
 - c) der Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Kietz-Küstrin und Küstrin (Kostrzyn) im Zuge der deutschen Straße B 1 und der polnischen Straße 22,
 - d) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Guben und Gubin im Zuge der deutschen Straße B 97 und der polnischen Straße 274,
 - e) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Guben und Gubinek im Zuge der deutschen Straße B 97 (neuer Straßenabschnitt) und der polnischen Straße 274 (neuer Straßenabschnitt),
 - f) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Forst und Erlenholz (Olszyna) im Zuge der deutschen Straße A 15 und der polnischen Straße A 12,
 - g) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Bad Muskau und Lagnitz (Leknica) im Zuge der deutschen Straße S 89 a und der polnischen Straße 298,
1. Republika Federalna Niemiec jest zobowiązana do utrzymania:
 - a) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Hohenwutzen i Osinów Dolny w ciągu niemieckiej drogi B 158 i polskiej drogi 124,
 - b) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Frankfurt n/Odrą i Świecko w ciągu niemieckiej drogi A 12 i polskiej drogi A 2,
 - c) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Frankfurt n/Odrą i Słubice w ciągu niemieckiej drogi B 5 i polskiej drogi 137,
 - d) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Ludwigsdorf i Jędrzychowice w ciągu niemieckiej drogi A 4 i polskiej drogi A 4; nie naruszona pozostaje Umowa z dnia 29 lipca 1992 r. między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o połączeniu autostrad i o budowie urządzeń odprawy granicznej dla nowego przejścia granicznego w rejonie Görlitz-Zgorzelec.
 2. Rzeczpospolita polska jest zobowiązana do utrzymania:
 - a) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Mescherin i Gryfino w ciągu niemieckiej drogi B 113 i polskiej drogi 120,
 - b) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Schwedt i Krajnik Dolny w ciągu niemieckiej drogi B 166 i polskiej drogi 123,
 - c) mostu granicznego przez Odrę między miejscowościami Kietz-Küstrin i Kostrzyn w ciągu niemieckiej drogi B 1 i polskiej drogi 22,
 - d) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Guben i Gubin w ciągu niemieckiej drogi B 97 i polskiej drogi 274,
 - e) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Guben i Gubinek w ciągu niemieckiej drogi B 97 (nowy odcinek drogi) i polskiej drogi 274 (nowy odcinek drogi),
 - f) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Forst i Olszyna w ciągu niemieckiej drogi A 15 i polskiej drogi A 12,
 - g) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Bad Muskau i Łeknica w ciągu niemieckiej drogi S 89 a i polskiej drogi 298,

- | | |
|--|---|
| h) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Görlitz und Zgorzelec im Zuge der deutschen Straße B 6 und der polnischen Straße 4, | h) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Görlitz i Zgorzelec w ciągu niemieckiej drogi B 6 i polskiej drogi 4, |
| i) der Grenzbrücke zwischen den Ortschaften Zittau und Klein Schönau (Sienławka) im Zuge der deutschen Straße S 20 (Chopinstraße) und der polnischen Straße 354, | i) mostu granicznego między miejscowościami Zittau i Sienławka w ciągu niemieckiej drogi S 20 (Chopinstraße) i polskiej drogi 354, |
| j) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Zittau und Poritsch (Porajów) im Zuge einer deutschen Gemeindestraße (Friedensstraße) und der polnischen Straße 1026. | j) mostu granicznego przez Nysę między miejscowościami Zittau i Porajów w ciągu niemieckiej drogi gminnej (Friedensstraße) i polskiej drogi 1026. |

Die unter den Buchstaben g), i) und j) genannten Grenzbrücken liegen in der Republik Polen im Zuge der Landesstraßen, in der Bundesrepublik Deutschland hingegen im Zuge der Straßen des nachgeordneten Netzes.

Mosty graniczne wymienione pod literą g), i) i j) są zlokalizowane w Republice Federalnej Niemiec w ciągu sieci dróg drugorzędnych, natomiast w Rzeczypospolitej Polskiej w ciągu dróg krajowych.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Am 20. März 1995 ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze in Warschau unterzeichnet worden. Das Abkommen trägt dem gemeinsamen Anliegen beider Staaten Rechnung, die Grenzbrücken in einem technisch einwandfreien Zustand zu erhalten. Die damit angestrebte weitere Verbesserung des Straßenverkehrs zwischen den beiden Staaten geschieht in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.

II. Besonderes

1. Zum Abkommen

Artikel 1 definiert den Gegenstand des Abkommens; zur Erhaltung der Grenzbrücken gehören demnach die Unterhaltung, Instandsetzung, Erneuerung sowie der Winterdienst auf den Grenzbrücken und die Reinigung der Grenzbrücken. Artikel 1 beruht ferner auf der praktischen Erfahrung, daß es am zweckmäßigsten ist, wenn die Erhaltung bestimmter Brückenobjekte jedem Vertragsstaat ganz – also auch auf dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaats – zugewiesen wird. Die Anlage zum Abkommen sieht hierzu eine gerechte Aufteilung vor. Im übrigen werden in Artikel 1 die den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen definiert; ihre Erhaltung obliegt den Vertragsstaaten jeweils auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artikel 2 stellt sicher, daß

- die Erhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken den Straßen- und Schiffsverkehr so wenig wie möglich behindern,
- die Einrichtung von Dauerbeleuchtungen jeweils einer gesonderten Vereinbarung bedarf,
- an Grenzbrücken mit Holzkonstruktionen Brandschutzgeräte und Brandschutzanlagen vorhanden sind.

Artikel 3 regelt, daß jeder Vertragsstaat für die von ihm zu erhaltenden Grenzbrücken die Verkehrssicherungspflicht wahrnimmt und den anderen Vertragsstaat von Haftungsansprüchen Dritter freistellt.

Artikel 4 sieht vor, daß zur Vorbereitung der Erhaltungsarbeiten die vorhandenen technischen Unterlagen ausgetauscht werden.

Nach Artikel 5 haben sich die Vertragsstaaten innerhalb angemessener Fristen gegenseitig über bevorstehende Erhaltungsarbeiten zu informieren.

Nach Artikel 6 trägt jeder Vertragsstaat sämtliche Kosten für die von ihm zu erhaltenden Grenzbrücken und für die von ihm zu erhaltenden zugehörigen Anlagen.

Artikel 7 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die mit den Erhaltungsarbeiten sowie den Zustandskontrollen der Grenzbrücken Beschäftigten der Vertragsstaaten und die sonst beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie der für Polen visafreien Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Grenze überschreiten und sich auf den Grenzbrücken sowie den zugehörigen Anlagen aufhalten dürfen.

Artikel 8 sieht gemeinsame Zustandskontrollen im Abstand von jeweils fünf Jahren vor; diesen gemeinsamen Zustandskontrollen geht eine vorbereitende Kontrolle durch den jeweils erhaltungspflichtigen Vertragsstaat voraus. Auch aus besonderem Anlaß (beispielsweise bei ungewöhnlichem Hochwasser) ist eine gemeinsame Zustandskontrolle durchzuführen.

Nach Artikel 9 ist eine gesonderte Vereinbarung zu schließen, wenn die Haupttragwerksteile einer Grenzbrücke (Überbau, Pfeiler, Widerlager, Gründung) ersetzt werden sollen oder eine Grenzbrücke umgebaut (z.B. Verbreiterung, Verstärkung zur Wiederherstellung oder Erhöhung der ursprünglichen Tragfähigkeit) werden soll.

Artikel 10 beruht auf der Erwägung und der praktischen Erfahrung, daß es am einfachsten und zweckmäßigsten ist, wenn das Besteuerungsrecht eines Vertragsstaats und zwar das des jeweils erhaltungspflichtigen Vertragsstaats im gesamten Bereich einer Grenzbrücke auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsstaaten zur Anwendung kommt. Durch Artikel 10 wird ferner gewährleistet, daß zum Zwecke der Erhaltung der Bauwerke ein weitgehend ungehinderter Warenverkehr stattfindet.

Artikel 11 legt fest, daß die Anlage Bestandteil des Abkommens ist und daher jeweils zu aktualisieren ist, sofern eine neue Brücke errichtet wird, eine bestehende Brücke wieder in Betrieb oder außer Betrieb genommen wird. Artikel 11 bestimmt im übrigen, daß für den Fall der Umstufung der Straße eine gesonderte Vereinbarung erforderlich ist.

Artikel 12 stellt sicher, daß der Datenschutz unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 13 regelt die Geltungsdauer und legt fest, wann eine Änderung des Abkommens in Betracht kommen kann.

Nach Artikel 14 werden die Bestimmungen der Vereinbarung vom 17. Januar 1958 zwischen dem Ministerium für Verkehrswesen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Ministerium für Verkehrswesen der Volksrepublik Polen über die Unterhaltung der Grenzstraßenbrücken an der deutsch-polnischen Staatsgrenze mit Inkrafttreten dieses Abkommens auf die in der Anlage zu dem Abkommen genannten Grenzbrücken nicht mehr angewandt.

Artikel 15 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

2. Zur Anlage

In der Anlage wird der Grundgedanke des Abkommens konkretisiert: Jedem Vertragsstaat werden bestimmte Brückenobjekte für die Durchführung der Erhaltungsarbei-

ten ganz übertragen, also auch die Durchführung der Erhaltungsarbeiten auf dem Hoheitsgebiet des jeweils anderen Vertragsstaats. Bei der Aufteilung der Brückenobjekte wurde soweit wie möglich sichergestellt, daß das Verhältnis der von jedem Vertragsstaat zu erhaltenden Brückenflächen dem Verhältnis der Brückenflächen auf den jeweiligen Hoheitsgebieten entspricht.